

Sperrfrist 16.7.2009, 20.00 Uhr

Droht die Zerstörung der Schweiz?

Öffentliche Rede vom 16. Juli 2009

von Christoph Blocher, Herrliberg

**Schweizerische Volkspartei
des Kantons Zürich**

Donnerstag, 16. Juli 2009
im Hotel Marriott, Zürich

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort.
Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

Text abrufbar unter www.blocher.ch

Inhaltsverzeichnis

I.	Was ist los in der Schweiz?	3
II.	Politische Missstände noch und noch	5
1)	Regierung, die nicht mehr zur Schweiz steht	5
2)	Sollen die Menschen verarmen?	6
	a) Raubzug auf den Bürger	6
	b) Milliarden der AHV nehmen?	7
	c) Steuererhöhungen in der Rezession?	7
	d) Krankenkassendebakel	8
3)	Nicht nur das Geld, auch die Kinder werden uns weggenommen	8
	a) Kinderbetreuungsverordnung	8
	b) Wie selbsterziehende Eltern bestraft werden	9
	c) Schule auf Irrwegen	9
4)	Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz	10
	a) Beseitigung des Bankkundengeheimnisses	10
	b) Land ohne Energie	11
	c) Verkehrspolitik auf der Verliererstrasse	11
III.	Zuversicht – trotz allem	12

Liebe Frauen und Männer

Ich bin nun schon viele Jahre öffentlich tätig. Was ich aber in den letzten Monaten an besorgten, tieftraurigen, überaus zornigen Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern erhalten habe, sprengt alles Dagewesene. Teilweise macht sich Resignation über unsere politischen Zustände breit.

Dabei kommt die Kritik an den politisch Führenden in einer Schärfe zum Ausdruck, die mich beunruhigt.

I. Was ist los in der Schweiz?

- Eine **Frau aus der Westschweiz** schreibt, sie sei ihr Leben lang stolz gewesen, Schweizerin zu sein. Heute könne sie sich angesichts des öffentlichen liebedienerschen, willfährigen Auftretens unserer obersten Politiker gegenüber ihren ausländischen Bekannten, ja vor sich selber nur noch schämen.
- **Ein ehemaliger Beamter aus dem Aargau** ist entsetzt, wie die verschiedenen Staatsgewalten – Bundesrat, Parlament und Gerichte – ihren Auftrag und ihre Kompetenzen nicht mehr kennen, mit Polizisten die Büros von andern Polizisten stürmen, Akten kopieren und verbergen und höchste Sicherheitsinteressen sowie die internationale Verlässlichkeit aufs Spiel setzen.
- **Eine erfolgreich im Berufsleben stehende Architektin** ist überzeugt, dass es unser Land in wenigen Jahren nicht mehr geben wird, wenn die Politiker so weiterfahren. Sie argwöhnt, in Bundesbern würden absichtlich die eigenen Interessen preisgegeben, um unser Land schliesslich in die EU zu treiben. Und schreibt wörtlich: "Die Schweiz wird sich auflösen wie eine Brausetablette in einem Glas Wasser. Die dabei produzierten Blasen erinnern mich an Politiker: Sie machen viel Geräusch, wollen unbedingt nach oben und sind dabei leer und hohl."
- Ein **Ostschweizer Bauer** meint resigniert, die Schweiz sei in ihrer über siebenhundertjährigen Geschichte immer arm gewesen – mit Ausnahme der letzten Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg. Jetzt drohe wieder der Rückfall in die frühere Armut.
- Mich erreichen viele **Notschreie von jungen Familien mit Kindern** im Schulalter, die um die Ausbildung ihrer Kinder und deren Berufsaussichten bangen. Nicht, dass es keine Schulen mehr gäbe, aber viele Volksschulen seien auf Irrwegen. Vor allem in den rotgrün dominierten Stadtkantonen.
- **Betagte und Alleinstehende** melden sich, denen es trotz aller Anstrengungen nach Abzug von Steuern, Abgaben, Gebühren, Prämien, Eigenmietwertbesteuerung nicht mehr zum Leben reiche, obwohl sie immer für sich selber gesorgt und für das Alter vorgesorgt hätten.

- Eine **ältere Mitbürgerin** wohnt noch heute in ihrer Geburtsstadt, fühlt sich angesichts der massiven Zuwanderung aber wie im Ausland und völlig fremd.
- **Eine junge Frau** schreibt mir, dass sie und ihre Freundinnen sich abends wegen massiver verbaler und tätlicher Attacken kaum mehr in die Stadt trauen.
- Ein **Zürcher Stadtpolizist** erzählt, er habe bei den ihm zugeteilten Personenfahndungen des letzten Jahres keinen einzigen Namen aussprechen können.
- **Eltern**, aber **auch Lehrer** äussern sich entsetzt über den Zustand unserer Schulen und die rohe Gewalt in- und ausserhalb der Klassenzimmer.
- Ein **Bankkaufmann** befürchtet, der Schweizer Finanzplatz stehe am Abgrund. Die Politik tue alles, um diesen zu zerstören und einzelne Politiker schienen es geradezu darauf abgesehen zu haben, unseren Banken im Ausland zu schaden.
- Ein **Sanitärinstallateur** aus dem Bernbiet hat das Gefühl, unsere Regierung vertrete speziell in der Ausländerpolitik nur noch die Interessen der Zuwanderer und erst zuletzt jene unseres eigenen Landes und seiner Bürger.
- **Ein Student** stellt mir die Frage, ob Bundesrat und Parlament die Schweiz eigentlich aus Absicht oder aus Unfähigkeit zerstören.
- Ein **renommierter amerikanischer Anwalt**, der die USA seit vielen Jahren bei internationalen Verhandlungen vertritt, fragt: Was ist mit den Schweizern los? Früher waren sie bei Verhandlungen als äusserst zäh, unbequem und unnachgiebig bekannt. Sie haben uns amerikanische Anwälte mit ihrer Hartnäckigkeit fast die Wände hoch getrieben. Heute gebe die Schweiz nach, noch bevor überhaupt eine Forderung gestellt wurde.
- Ein **erfahrener Geschäftsmann**, der jahrelang in den USA gelebt hat, mahnt: Gebt den Amerikaner nicht kleinmütig nach. Beharrt auf dem Rechtsstandpunkt. Sonst werdet ihr stets die Verlierer sein.

Zusammenfassend geht es bei fast allen diesen Reaktionen aus der Bevölkerung um die Sorge, dass die soliden Stärken des Klein- und Rechtsstaates Schweiz, die unser Land erfolgreich und wohlhabend gemacht haben, vor die Hunde gehen. Aus Kleinmut? Aus Schwäche? Aus Dekadenz? Oder aus Unfähigkeit? Aus Bösartigkeit? Aus Eigennutz?

Die Sorgen der Leute sind weit verbreitet: Aus dem einst bescheidenen, sparsamen Staat ist ein **aufgeblähtes, umverteilendes Riesengebilde** geworden, vor dem die Bürger ratlos stehen.

Der ehemals eigenverantwortliche Bürger wird zusehends staatlich bevormundet und gegängelt.

Wer die Politik in den Medien verfolgt, stellt fest: **Statt stolz die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu wahren, lassen sich unsere politischen Vertreter im Ausland vorführen und demütigen.** Die Regierung macht einen geradezu devoten Eindruck. Man denke an die Pressefotos mit verschleierte Köpfe oder in demütiger Unterwerfungshaltung an der Seite fremder Staatsleute.

An die Stelle der über Jahrhunderte bewährten **Neutralität** ist eine moralisierende Diplomatie des Zeigefingers und der Einmischung in die Angelegenheit anderer Staaten getreten, die uns Feinde schafft und Handelspartner verärgert.

Unsere **Armee**, die sich bislang einzig aus dem Gedanken des Widerstandes rechtfertigte, will in ferne Gewässer auf Piratenjagd ziehen, um angeblich der internationalen Staatengemeinschaft Freude zu bereiten.

Anstelle eines sparsamen, effizienten, sicheren Sozialsystems, das den wirklich Bedürftigen hilft, **finanzieren wir zunehmend den Missbrauch durch Arbeitsunwillige, Profiteure und Simulanten.**

Statt unseren Kindern die Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen und Schreiben beizubringen, wird unsere Volksschule fast täglich neu erfunden, ideologisch und weltfremd gestaltet und zu Grunde reformiert.

Kurz: Die vielen Bürgerinnen und Bürger, die an mich herantreten, fragen sich zu Recht: **Was ist los im Staate Schweiz?**

Schauen wir die Sache von Grund auf und ruhig der Reihe nach an:

II. Politische Missstände noch und noch

1) Regierung, die nicht mehr zur Schweiz steht

Meine Damen und Herren, die Tatsachen täuschen nicht, und es ist schonungslos festzustellen: Der Bundesrat ist zur Zeit nicht willens und nicht fähig, das Wohl der Schweiz zu verteidigen. Auch die Mehrheit des Parlamentes und die Verwaltung nicht. Die **Unabhängigkeit** und die **staatliche Souveränität als höchste Gut des Landes, werden preisgegeben**, weil es zu mühsam geworden ist, diese zu verteidigen. Anpassung statt Widerstand – lautet die Devise der Schwachen.

Darum drängen sie in die EU und andere multinationale Organisationen. Ohne demokratische Kontrolle lässt sich dort gut leben. Die Schweiz und das Wohl der Schweizerinnen und Schweizer, die alle diese Funktionäre bezahlen, sind diesen gleichgültig geworden. Bekanntlich reisen Bundesräte gerne: Wo sie hinkommen, lassen sie sich fotografieren, plustern sich auf vor fremden Regierungsleuten, verteilen Geld und schwelgen an teuren internationalen Kongressen. Der treue Dackelblick des Bundespräsidenten, der zum deutschen Finanzminister blickt, sagt mehr als Worte. Der Bundespräsident findet in Herrn

Steinbrück, dem er Schritt für Schritt nachgibt, einen "guten Freund". Wer nach einem erstmaligen kurzen Treffen bei solchen Leuten einen „guten Freund“ findet, muss wahrlich wenig gute Freunde haben!

Bei jedem internationalen Konflikt glaubt das Aussendepartement, Partei nehmen zu müssen und verkauft bewusst die neutralitätspolitischen Maximen. Man verstrickt sich in einer Aussenpolitik der Selbstgefälligkeit. Dies, obwohl das Schweizervolk aus politischer Klugheit an der Neutralität festhalten will. Das Schweizervolk weiss, warum: Weil die Neutralität auch ein Mittel ist, um die Regierenden zum Stillsitzen zu zwingen und Grossmachtgelüste etwas einzudämmen.

Wahlreform für die Bundesratswahlen

Wie selten zuvor offenbaren Parlament und vor allem die Mitte-Links-Parteien ihre Gesinnung bei Bundesratswahlen. In heuchlerischer Geste sprechen sie über die Konkordanz, faseln über Solidarität, political correctness und Stil, um von ihren Intrigen und selbstsüchtigen Motiven abzulenken. Bundesratswahlen sind zum parteiinternen Hütelispiel verkommen.

Nur an eines denkt bei der Bundesratswahl niemand mehr: Wer setzt sich noch für die Schweiz ein? Niemand fragt mehr: Wie kann eine Regierung das Land stärken?

Der Niedergang, die Dekadenz der Parteien und des politischen Geschehens zeigen sich bei der Bundesratswahl am Augenfälligsten. Die Verbrüderungen und das Abhängigkeitsgemauschel zwischen Regierung und Parlament ist eine der Ursachen der schwachen und wenig festen Landesregierung. **Eine Volkswahl ist darum zur Dringlichkeit geworden. Die Regierung wäre dann weniger vom parlamentarischen Intrigenspiel abhängig und mehr den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet.**

2) Sollen die Menschen verarmen?

a) Raubzug auf den Bürger

Eine geringe Belastung des Bürgers durch den Fiskus ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlfahrt und Vollbeschäftigung. Doch dies geht in unserem Lande zusehends vergessen: Steuern, Abgaben und Gebühren steigen rapide. Das Empfinden der Bürger, dass ihnen immer mehr weggenommen wird, ist Realität.

Nicht nur will man die **Mehrwertsteuer auf 8 Prozent** und die **Krankenkassenprämien erhöhen, sondern auch die Lohnabzüge für die Arbeitslosenversicherung.** Dazu will der Bundesrat die **CO₂-Abgaben verdreifachen, die Schwerverkehrsabgaben weiter massiv erhöhen** und die **Wasserzinsen nach oben anpassen.**

Die **Energie** für Unternehmen und Haushalte wird laufend **verteuert.**

Meine Damen und Herren, **der Staat ist gefrässig geworden.** Der Eindruck der Bürger, dass man die Bürger schröpft und den Wirtschaftsstandort

schwächt, ist Tatsache. Darum hat man zu den Steuer-, Abgaben- und Gebührenerhöhungen generell **Nein** zu sagen.

Nächste Gelegenheit bietet der 27. September 2009: Sagen Sie Nein zur Mehrwertsteuererhöhung auf 8 Prozent. Sie tun Gutes für den Bürger und den Wirtschaftsstandort Schweiz!

b) Milliarden der AHV nehmen?

Es ist noch nicht lange her, seit Parlament und Regierung dank dem Druck des Schweizervolkes beschlossen haben, aus den sogenannt überflüssigen Goldreserven der Nationalbank einen Drittel der AHV zuzuweisen:

Bundesratsparteien, Parlament und Bundesrat haben dies dem Volke unzweifelhaft versprochen: **7 Milliarden müssen in die AHV und nicht in die marode und von Missbräuchen strotzende Invalidenversicherung – so das Versprechen an das Volk –, weil man es von der Notwendigkeit einer AHV-Revision überzeugen wollte.**

Und heute? Alles Schall und Rauch! Bundesrat und Parlament präsentieren dem Volk für den 27. September 2009 eine Vorlage, zur – wie sie es nennen – befristeten **Mehrwertsteuererhöhung auf 8 Prozent**. Was nicht ersichtlich ist: Wer hier Ja stimmt, der bewilligt, dass der AHV still und leise 5 Milliarden weggenommen werden, um diese in die marode Invalidenversicherung hinüberschieben. Und das Ganze verkauft man dem Volk als Rettung der AHV/IV.

Meine Damen und Herren, das ist eine Unwahrheit: **Die Vorlage vom 27. September 2009 schwächt die AHV. Die Mehrwertsteuervorlage ist schon deshalb abzulehnen, damit die AHV nicht geschwächt wird.**

c) Steuererhöhungen in der Rezession?

Nicht nur die AHV – unser wichtigstes Sozialwerk – wird bei einem Ja am 27. September geschwächt, **sondern auch der Wirtschaftsstandort Schweiz und die Kaufkraft der Bürger**. Mitten in einer unabsehbaren Weltfinanzkrise und einer der heftigsten weltweiten Wirtschaftsrezessionen **eine Steuererhöhung ins Auge zu fassen, ist Leichtsinns. Wer das tut, der vergisst die Bürger, vergisst die Beschäftigung**. Wieder soll also die Kaufkraft der Bevölkerung um 1.2 Milliarden Franken pro Jahr geschwächt werden. Bürgerinnen, Bürger, Familien, Angestellte wie selbständig Erwerbende sollen bluten, nur damit die Politiker nichts Unbequemes anfassen müssen und die eklantanten Sozialmissbräuche weiter pflegen können.

Die IV hat 13 Milliarden Schulden! Und produziert jedes Jahr weitere 1.4 Milliarden Franken Defizit. Doch statt das Defizit zu beseitigen, verlangt man neue Steuern. Diese Steuererhöhung sei nur für 7 Jahre nötig, weil dann die Schulden abgetragen seien, darum sei diese Steuererhöhung befristet, lässt man verlautbaren. Verschwiegen wird, dass bei einem jährlichen Defizit von 1.4 Milliarden die Schulden der IV nach Ablauf der Frist wieder gleich hoch

sind wie am Anfang. **Aus der befristeten Mehrwertsteuererhöhung wird eine dauernde!**

Weil die Mehrheit der Mitte-Links-Koalition, d.h. alle die Linken und die Netten und – einmal mehr – die schwachen Wirtschaftsverbände, gepaart mit der "Political-correctness"-Presse, dahinter stehen, **wurden auch diese unappetitlichen Politlügen salonfähig. Für wie dumm kann man eigentlich die Bürger verkaufen?**

Dabei ist die Sache einfach: Sagt man Nein zur Steuererhöhungsvorlage, so bleiben die 5 Milliarden in der AHV, und die Mehrwertsteuer wird nicht erhöht. Sagt man Ja, geht der Raubzug auf die Bürger und die Schlamperei der Politiker weiter!

d) Krankenkassendebakel

Im Jahre 1994 beantragten Bundesrat und Parlament dem Schweizervolk ein **neues Krankenversicherungsgesetz (KVG)** mit dem Krankenkassenobligatorium für alle Bürger. Die damals verantwortliche Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) versprach den Stimmbürgern: **"Nach Jahren der steigenden Krankenkassenprämien haben wir nun endlich stabile Verhältnisse."** (Pressekonzferenz vom 4.12.1994) Die SVP legte schon damals dar, warum es anders kommen werde.

Die SVP unterlag bei der Abstimmung. Selbstverständlich hatte sie einmal mehr auch den Arbeitgeberverband gegen sich. Doch es kam, wie es kommen musste: Jahr für Jahr steigen die Krankenkassen-Prämien, im kommenden Jahr sollen es sogar etwa 15 Prozent sein! Statt sich grundsätzlich der Sache anzunehmen, verpuffen die Hau-Ruck-Übungen des freisinnigen Sozialministers Pascal Couchepin wirkungslos ins Leere, ja verstärken noch die Misere. **Wann endlich erkennt man den Ernst der Lage?**

Die Lösung muss einfach sein. Es gilt, einen entschlossenen Halt einzulegen: Die Krankenkassenprämien sind in diesen Krisenzeiten einzufrieren, der Kontrahierungszwang ist aufzuheben, das verfehlte KVG rückgängig zu machen und das Obligatorium zu beseitigen.

3) Nicht nur das Geld, auch die Kinder werden uns weggenommen

a) Kinderbetreuungsverordnung

Meine Damen und Herren,
nicht nur das Geld wird den Bürgern aus dem Sack gezogen, die Mitte-Links-Gesellschaft will jetzt auch noch die **Kinder den Eltern und Verwandten wegnehmen**. Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf legt eine Kinderbetreuungsverordnung vor, die massiven Einfluss der Beamten auf die Betreuung unserer Kinder vorsieht. **So brauchen Tanten, Götti und Gotte oder Freunde neuestens eine staatliche Bewilligung, wenn sie die Kinder regelmässig ein paar Tage zu sich in die Ferien nehmen wollen. Alles**

scheint neuerdings verboten, was nicht erlaubt ist. Und für das Erlaubte braucht es eine staatliche Bewilligung!

Diplome mit Weiterbildung werden für Kinderbetreuung Bedingung. Der Beamtenstaat lässt grüssen. Verstösse gegen diese Vorschriften sollen mit bis zu 5000 Franken gebüsst werden.

Statt um verwahrloste Kinder und jugendliche Schläger und Straffällige kümmert sich der Staat um die normalen Kinder rechtschaffener Eltern und schafft auch hier die Eigenverantwortung ab. Die Sorge ist berechtigt: **Wie lange lassen sich die Bürger diese Fehlentwicklungen noch gefallen?**

Meine Damen und Herren, wählen Sie keine Politiker mehr, die eine solche Bevormundung der Bürger unterstützen.

Die Wahlen 2011 werden entscheidend sein, ob unser Land weiterhin in den Abgrund sinkt oder endlich eine Wende eintritt. Die SVP muss die Wahlen gewinnen, sonst – gute Nacht, Schweiz!

b) Wie selbsterziehende Eltern bestraft werden

Doch nicht genug mit der Kinderbetreuungsverordnung. Der Forderung, dass die Eltern die Kinder nicht mehr selber erziehen sollen, wird auch finanziell nachgeholfen: **So sollen neu die Eltern, welche ihre Kinder nicht selber betreuen, 12'000 Franken steuerlich abziehen können, während jene Eltern, die ihre Kinder selber erziehen, dies nicht dürfen.** Damit verzichten diese Eltern nicht nur auf eine bezahlte Berufstätigkeit, sondern werden auch noch steuerlich benachteiligt.

Die Ideologisierung und Versozialisierung schreitet voran. Das süsse Gift des Sozialismus ergreift immer mehr Parteien – so auch die sogenannte Familienpartei CVP. Als Familienpartei postuliert man Lösungen, die die Familie zerstören. Hier muss entschieden Gegensteuer gegeben werden!

Durch Verfassungsgrundsatz muss gewährleistet werden, dass Familien, die ihre Eigenverantwortung wahrnehmen und ihre Kinder selber erziehen, steuerlich nicht schlechter gestellt werden dürfen als solche, die ihre Kinder der Fremdbetreuung übergeben.

Die SVP ist genötigt, eine entsprechende Volksinitiative zu starten.

c) Schule auf Irrwegen

In die **gleiche falsche Richtung geht die neue Schulpolitik.** Nicht nur will man die Eltern verpflichten, ihre Kinder mit 4 (man spricht neu von 3) Jahren obligatorisch in die Schule zu schicken, **sondern man verlangt aus ideologischen Gründen den integrativen Unterricht.** Das heisst, alle Kinder sollen unabhängig von Behinderungen und Lern- oder Verhaltensstörungen in den gleichen Regelklassen unterrichtet werden. Die Sonderklassen werden ebenso abgeschafft, es gibt keine Klassenlehrer mehr, nur noch "Fachlehrer"! Durch "Harmos" soll dies landesweit zementiert und die Schule zum

Spielball des elitären Clubs der Erziehungsdirektoren werden. **Diese neue Schulpolitik verschlechtert die Ausbildung.** Der zwingende Aufbau von Tagesstrukturen durch den Staat macht **das Modell auch finanziell völlig untragbar.**

Die SVP hat darum in verschiedenen Kantonen die Initiative zum Referendum gegen "Harmos" ergriffen. Ziel ist, dass weniger als 18 Kantone "Harmos" zustimmen, damit die **bürokratische, ideologisch fehlgeleitete, undemokratische Schulreform** nicht landesweit stattfinden kann. Hier sind wir auf gutem Wege!

4) Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz

a) Beseitigung des Bankkündengeheimnisses

Die Schweiz gehörte in den letzten 150 Jahren zu den freiheitlichsten Staaten der Welt. **Eine freiheitlich-demokratische, auf der strikten Neutralität beruhende Staatsverfassung hat die Schweiz wirtschaftlich und staatspolitisch stark gemacht.** Unser Land mischte sich als Kleinstaat nicht in fremde Händel und schützte seine Bürger vor Staatseingriffen. **Darum entstand auch das schweizerische Bankkündengeheimnis. Es schützt den Bürger vor dem Staat. Genauer gesagt, vor dem Schnüffelstaat, vor ungerechtfertigter Auskundschaftung seiner Privatsphäre.** Ausser bei kriminellen Handlungen soll der Staat keinen Einblick in die Bankverbindungen haben. Der Bürger hat seine Würde! Dies ist besonders wichtig in einer Zeit, in der Politiker aller Länder und multinationaler Organisationen immer gefrässiger werden. Bis vor kurzem waren Regierung und Parlament bereit, dieses Bankkündengeheimnis auch gegenüber dem Ausland zu verteidigen. Noch 2008 rief Bundesrat Merz im Parlament laut und tapfer an die Adresse der Bankgeheimnisfeinde: **"An diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch die Zähne ausbeissen!"**

Im vergangenen Herbst sagte Finanzminister Merz entschlossen, **das schweizerische Bankgeheimnis sei nicht verhandelbar.**

Im Frühjahr 2009 liess der Bundesrat das Bankgeheimnis fallen, ohne dass er es verhandelt hatte!

Und heute präsentiert sich die Lage so: **Zuerst versäumt die Verwaltung in Bern, fristgerecht Amtshilfegesuche zu erledigen, dann händigt er dem Fiskus der USA rechtswidrig Kundendossiers aus und verletzt selber in schwerwiegender Weise das Bankkündengeheimnis.** Eine Tat, die in der Schweiz unter Strafe steht.

Als Staaten drohten, die Schweiz komme auf eine schwarze oder graue Liste, wenn sie das heutige Bankkündengeheimnis nicht preisgebe, brach der Bundesrat wieder ein.

Die Drohung mit einer papierenen grauen Liste genügt, um alle hehren Grundsätze preiszugeben.

Ja, man anerkennt gar Beschlüsse der Staatenorganisation OECD, die ohne die Schweiz gefasst wurden. Dabei ist die Schweiz seit Gründung Mitglied-

staat. Beschlüsse kann diese OECD nur einstimmig fassen! Damit kuschelt unsere Regierung einmal mehr. Das ist verhängnisvoll: **Ein Kleinstaat, der eine Regierung hat, die zu schwach ist, vor dem Ausland das eigene Recht zu verteidigen, geht unter.** Besonders in Krisen, in denen grosse Staaten an inneren Problemen leiden, **verlangen sie Geld, fordern Steuerharmonisierung, um die Steuern zu erhöhen und führen Wirtschaftskriege. Die Schweiz ist drauf und dran, nicht nur das Bankkundengeheimnis, sondern auch den Respekt und die Achtung zu verlieren.**

Dabei ist Widerstand statt Anpassung angezeigt.

Sowohl das schweizerische Bankkundengeheimnis als auch die doppelte Strafbarkeit als Voraussetzung für Amts- und Rechtshilfe sind mit allen Mitteln beizubehalten.

Leider lassen auch die kommenden Bundesratswahlen keine Stärkung des Gremiums erkennen. **Es braucht die Wende bei den Wahlen 2011 und die Volkswahl des Bundesrates!**

b) Land ohne Energie

Wie die erdölexportierenden Staaten und die Durchleitungs-Staaten die Abhängigkeit anderer Staaten nutzen, um sie zu drangsalieren oder in die Knie zu zwingen, ist bekannt. Dies sollte der Schweiz zu denken geben. Obwohl der Bundesrat vor Jahren beschlossen hat, **der Bau von Kernkraftwerken sei notwendig, ist in der Zwischenzeit nichts geschehen.** Die Energiepolitik ist zum Zeitvertreib von Bürokraten verkommen. Hunderte von Millionen werden verspielt für unrationelle Alternativenergien.

Der Mangel an Elektrizität wird für unser Land schwerwiegende Folgen haben.

Bundesrat Leuenberger schreibt schöne Bloggs, statt hier vorausschauend Kraftwerksgesellschaften in die Pflicht zu nehmen.

Eine sichere, kostengünstige, genügende und umweltfreundliche Energieversorgung ist für unsere Wohlfahrt und unser Wohlergehen unverzichtbar. Die SVP kämpft dafür, aber um dies zum Durchbruch zu bringen, ist eine Stärkung in den Wahlen 2011 dringend erforderlich!

c) Verkehrspolitik auf der Verliererstrasse

Während man aus Freude und Baulust Bahnen baut, die später nicht mehr bezahlt werden können, verbaut und schikaniert die Verkehrspolitik den Individual-Verkehr. Nachdem endlich die Westumfahrung Zürichs bewilligt worden ist, verbarrikadiert der rotgrüne Stadtrat die Zufahrt in die Stadt. Zürich bezieht von der Landschaft und den umliegenden Kantonen riesige Summen und versperrt ihnen dafür systematisch die Zufahrt. Der Kanton Zürich hat die Zufahrt in die Stadt zu erzwingen! Sonst sind Zürich die Funktionen einer Kantonshauptstadt wegzunehmen. Nötigenfalls müsste man den Kantonshauptort nach Winterthur verlegen.

III. Zuversicht – trotz allem

Meine Damen und Herren,
ich begreife die Sorgen vieler Landsleute. Die Schwächen der politischen Führung sind für jedermann offensichtlich. Die wirtschaftlich geradezu paradiesischen Zustände der vergangenen Jahre haben nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik zu Dekadenz, Schwäche und Leichtsinn geführt. Es gilt nicht nur in wirtschaftlichen Unternehmen, sondern auch in der Politik: **Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen.**

Ein Zurück zu den wahren Lebensgrundlagen ist in allen Lebensbereichen unvermeidlich.

Ich bin sehr zuversichtlich: In der Wirtschaft wie in der Politik – trotz allem.

Nur wird eine Besserung der Zustände nicht von der politischen Elite, sondern von der noch höheren Instanz in unserem Land – **nämlich vom Souverän – dem Schweizer Volk – ausgehen!** Und hier stelle ich fest: Es beginnt zu tagen.

Ich habe mir in den letzten Wochen die Zeit genommen, einfach nur hineinzuschauen ins Leben, in unser Volk, in unseren Alltag.

Und ich stelle fest: Das Alltagsleben verläuft – trotz Missständen auf der Führungsebene in Bundesbern – so, dass man Vertrauen bekommt. Vertrauen in die Kraft und das Durchsetzungsvermögen der einzelnen Bürger. Was ich da entdecke an zahlreichen Gewerbetreibenden, Landwirten, Wirtschaftsverantwortlichen, Angestellten, Arbeitern, Frauen und Männer, rechtschaffenen Familien, die ihre Kinder betreuen, Jugendliche, die genug haben von der Erziehungs- und Lebensdekadenz. Ich spüre zunehmend Widerstand gegen die Verpsychologisierung, die den Täter zum Opfer macht.

In dieser Ferienzeit besuchte ich Freilichtspiele, die vor allem von Laien bestritten werden und sich abseits von grossen subventionierten Kulturhäusern abspielen. Erstaunlich, was da an Kraft und Substanz geboten wird. Das billige, ideologische Geschwätz der neunziger Jahre beginnt zu weichen. Von sogenannt "unten" erwacht neues Leben. Diese Volkstheater sind den Politikern weit voraus.

Auch erlebe ich jetzt immer mehr Lehrer, die im Kampf um die neuen Schulreformen politisch auf unserer Seite kämpfen – nicht alle natürlich – aber zusehends mehr. Sie beteiligen sich als besorgte Ausbilder und Erzieher im Kampf gegen die dekadente und ideologisch gesteuerte "Harmos"-Reform. Ihnen liegt eine gute Ausbildung am Herzen. Sie beginnen, den ideologischen Ballast abzuwerfen und wieder Leistung und Disziplin einzufordern.

Etwas Mut macht mir auch, dass da und dort – zuerst vereinzelt und jetzt doch schon in einem vernehmlichen Chor – die **veröffentlichte Meinung etwas kritischer als auch schon über den Niedergang in den politischen Etagen berichtet.**

Dieselben Journalisten, Publizisten und Kommentatoren, die jahrelang die Misswirtschaft schöneredet, befürwortet und bengalisch beleuchtet haben, beginnen allmählich, sich ernsthaft zu fragen, ob der Kurs richtig sei, auf dem sich die Schweiz Richtung Abgrund bewegt. Sie können nicht mehr die Decke über die Missstände ziehen,

wie sie es Jahre lang getan haben. Sie zögern zwar, weil sie nicht der SVP Recht geben wollen. Aber sie kommen nicht darum herum, weil auch das linke Fernsehen und Radio wissen, dass die Bevölkerung mehr sieht und erlebt, als den Medien recht ist.

Das ist mehr als ein Lichtblick.

Die vielen Reaktionen, Gespräche, Zuschriften, Umfragen und Leserbriefe in den Zeitungen zeigen dies eindrücklich. Noch eindrücklicher wäre es, wenn namentlich stark ideologische Zeitungen wie der "Tages-Anzeiger" auch die nicht veröffentlichten Leserbriefe zeigen würden.

Und weiter zuversichtlich macht mich unsere direkte Demokratie. Noch haben wir eine Staatsform, die von unten nach oben organisiert ist. Wenn es "oben" nicht mehr stimmt, greifen die unten ein. So war es immer in den schwersten Zeiten unseres Landes. Und das ist ja das Wunderbare: Noch immer haben wir in der breiten Bevölkerung mehr Einsichtige, mehr Vorausschauende, mehr vernünftige Menschen als im Moment zuoberst "an den Schalthebeln der Politik". "Oben ist, was runter sollte, unten ist, was rauf gehört!"

So hat sich unser Land immer wieder aufgefangen! Unsere direkte Demokratie erlaubt zum Glück die Korrektur von Missständen. Doch wir müssen es mutig tun.

An den Urnen und auf den Wahlzetteln! Nur nicht entmutigen lassen!

Auch für die Schweiz gilt das ewig gültige, aber allzu oft verkannte Lebensgesetz: **Es geht nie nur bergab, sondern immer auch wieder bergauf.** Aber wie wir wirtschaftlich und politisch nach all den guten Jahren erlebt haben: Leider geht es eben auch nicht immer nur bergauf, sondern immer wieder auch bergab.

Meine Damen und Herrn, zum Glück sind die Politiker nicht so stark, dass sie die Schweiz zerstören können. Aber schaden tun sie dem Wirtschaftsstandort, der Freiheit und der Wohlfahrt.

Es ist Zeit, dass die Bürger das Heft wieder in die Hand nehmen! Lassen Sie sich nicht irreführen.

Politiker sind empfindlich auf Wahlergebnisse. **Die Wahlen 2011 müssen der SVP nochmals Gewinne bringen, sonst ändert sich nichts.**

Jetzt ist die Zeit gekommen, wo – wie Gottfried Keller sagte – der Bürger vor das Haus treten und selber zum Rechten schauen muss. Es ist spät. Aber noch nicht zu spät. **Ich bin zuversichtlich.**